

## Vernunftrepublikaner oder Überzeugungsdemokrat? Walther Rathenau, der organisierte Liberalismus und die parlamentarische Demokratie

Über das Verhältnis des Weimarer Außenministers Walther Rathenau zum organisierten Liberalismus ist in den letzten Jahrzehnten wiederholt publiziert worden. So finden sich Ausführungen in den einschlägigen Biographien,<sup>1</sup> außerdem widmen sich mehrere Aufsätze diesem Thema.<sup>2</sup> Schließlich hat sich auch die Quellenbasis durch die Neu-Edition der Schriften Rathenaus deutlich verbessert.<sup>3</sup>

Nachfolgend soll unter der für Rathenau gewählten Zuschreibung als Vernunftrepublikaner, die Horst Möller 2008 vorgenommen hat,<sup>4</sup> näher betrachtet werden, wie sich sein Verhältnis zu Liberalismus und Parlamentarismus entwickelt hat. Es wird dabei etwas weiter ausgeholt, um die Beziehung Rathenaus zum organisierten Liberalismus aus dem Zusammen-

1 Shulamit Volkov: Walther Rathenau. Ein jüdisches Leben in Deutschland 1867–1922. München 2012; Lothar Gall: Walther Rathenau. Portrait einer Epoche. München 2009; Jörg Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau als Politiker der Weimarer Republik. Lübeck 2007; Christian Schölzel: Walther Rathenau. Eine Biographie. Paderborn u.a. 2006; Wolfgang Brenner: Walther Rathenau. Deutscher und Jude. München/Zürich 2005; Hans F. Loeffler: Walther Rathenau – ein Europäer im Kaiserreich. Berlin 1997; Peter Berglar: Walther Rathenau. Ein Leben zwischen Philosophie und Politik. Graz/Wien/Köln 1987; Ernst Schulin: Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit. Göttingen/Zürich/Frankfurt a.M. 1979. Neben diesen Monographien gibt es folgende Sammelbände: Wolfgang Michalka/Christiane Scheidemann: Walther Rathenau. o.O. 2006, sowie Karl-Heinz Hense/Martin Sabrow (Hrsg.): Leitbild oder Erinnerungsort? Neue Beiträge zu Walther Rathenau. Berlin 2003.

2 Jürgen Fröhlich: Der organisierte Liberalismus und Walther Rathenau. Neun Jahrzehnte einer schwierigen Beziehung. In: Hense/Sabrow: Leitbild oder Erinnerungsort (wie Anm. 1), S. 15–30; Wolfgang Michalka: Rathenau politische Karriere. In: Ebd., S. 67–84; Johannes Mikuteit: Der Parlamentarismus im Urteil von Walther Rathenau. In: Der Staat 36 (1997), S. 95–117; Bernd Sösemann: Jenseits von Partei und Parlament. Walther Rathenau „aufbauende Ideenpolitik“ in der Deutschen Gesellschaft 1914. In: Hans Wilderotter (Hrsg.): Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867–1922. Berlin [1994], S. 169–178.

3 Walther Rathenau: Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914. Hrsg. von Alexander Jaser. Düsseldorf 2015 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. I); ders.: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1919. Hrsg. von Alexander Jaser/Wolfgang Michalka. Düsseldorf 2017 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. III).

4 Horst Möller: Friedrich Meinecke, Gustav Stresemann und Thomas Mann – drei Wege in die Weimarer Republik. In: Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hrsg.): Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft. Stuttgart 2008, S. 257–274, hier S. 266.

hang zu beurteilen. Zum einen wird nach seiner Auffassung über die Rolle des Parlaments, zum anderen nach seinem Verständnis von den Aufgaben der Parteien im Staat gefragt.

Rathenau war kein Parteisoldat, und er war kein „Kind“ einer Partei. Ganz im Gegenteil: Es dauerte bis zu seinem vierzigsten Lebensjahr, bis er sich überhaupt zu einer parteipolitischen Frage äußerte. Und bis kurz vor seinem Tod fremdelte er mit Parteien im Allgemeinen und mit seinem eigenen politischen Bekenntnis im Besonderen, was auch anders herum galt: Er war keineswegs ein Liebling der Partei, sondern er wurde zeitlebens vielmehr als ein Außenseiter angesehen. Das Verhältnis zu den Parteien, denen er angehörte und für die er kandidierte, war jeweils beidseitig ambivalent.

Alle Biographien über Rathenau haben sich mit seinem schwierigen Verhältnis zu den liberalen Parteien vor und nach 1918 beschäftigt. Wohl am intensivsten hat dies Jörg Hentzschel-Fröhlings in seiner Dissertation getan. Er kommt zu dem Schluss, dass der liberale Industrielle „ein sehr untypischer Parteipolitiker“ gewesen sei.<sup>5</sup> Ähnlich lautet das Fazit von Jürgen Fröhlich: Es handele sich um „kein[en] lupenreine[n] Liberale[n]“, und dennoch bezeichnet er ihn als „Liberalen sui generis“.<sup>6</sup> Im Grunde genommen währte Rathenaus aktive Auseinandersetzung mit dem organisierten Liberalismus und seine unmittelbare Beziehung zu den verschiedenen liberalen Parteien lediglich über einen Zeitraum von eineinhalb Jahrzehnten zwischen 1907 und seinem Tod. Zu unterscheiden sind dabei der frühe Versuch eines parteipolitischen Engagements vor dem Ersten Weltkrieg und die Phase zwischen 1918 und 1922. Konkret ist zu fragen: Wie entwickelte sich Rathenaus Verhältnis zum Parlamentarismus und zu den Parteien?

## *I. Rathenaus Einstellung zu Liberalismus und Parlamentarismus vor 1918*

Politik im Allgemeinen hatte den Industriellensohn Walther Rathenau schon früh interessiert. Sein großbürgerliches Elternhaus und seine akademische Ausbildung legten ein grundsätzliches politisches Interesse nahe. Aber ein eigenes parteipolitisches Engagement gehörte lange Zeit nicht zu den von ihm gesetzten Prioritäten. Die erste bekannte politische Stellung-

5 Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 30.

6 Fröhlich: Der organisierte Liberalismus (wie Anm. 2), S. 29 f.

nahme stammte aus dem Jahr 1907, und damit von dem mittlerweile immerhin schon vierzig Jahre alten Inhaber einer Industriebank, der Berliner Handels-Gesellschaft.

In einem Zeitungsartikel unter dem Titel „Die neue Ära“ im „Hannoverschen Courier“ bzw. den „Hannoverschen Neuesten Nachrichten“ bezog sich Rathenau auf die parteipolitische Konstellation nach den Reichstagswahlen 1907.<sup>7</sup> „Die liberalen Parteien“, so Rathenau, „sind etwas erholt“. Er konstatierte einen „unsichtbaren Sieg des liberalen Gedankens“. Für ihn schien sich anzudeuten, dass es zu einem Rückstrom der Wähler von der Sozialdemokratie zu den Liberalen gekommen sei. Rathenau hoffte in der Zukunft auf eine stärkere Beteiligung des Bürgertums, insbesondere des sogenannten Industriebürgertums, an der Reichsregierung. Reichskanzler Bernhard von Bülow wandte sich vom Zentrum ab und strebte eine Zusammenarbeit mit den Liberalen an. „Eine bürgerlich nationale Bewegung“ würde, Rathenau zufolge, „den konstitutionellen Gedanken des Liberalismus aufnehmen“ und positiv für die Interessen des Landes wirken. Der Zuspruch der Wähler zum Liberalismus schien für Rathenau als „der klare Strom des Volkswillens, der neue Massen, neue Menschen und neue Gedanken emporträgt“. Der zugespitzt argumentierende Artikel führte zu einem politischen und persönlichen Zerwürfnis zwischen Rathenau und seinem langjährigen Freund, dem Publizisten Maximilian Harden. Denn der Beitrag, der zunächst für Hardens Zeitschrift „Die Zukunft“ gedacht war, erschien schließlich in der „Hannoverschen Presse“. Während Rathenau auf den politischen Liberalismus setzte, um das aus seiner Sicht bankrotte politische System durch den konservativ-liberalen Bülow-Block zu stabilisieren, lehnte Harden dies „als gefährliches Glücksspiel“ vehement ab.<sup>8</sup>

Wenig überraschen kann die Tatsache, dass sich Rathenau im liberalen Spektrum positionierte. Für einen Industriellen, Bankier und deutschen Juden lag dies nahe, denn Wirtschaft und Emanzipation zählten zu den liberalen Kernthemen im deutschen Kaiserreich.<sup>9</sup> Zugleich sah er die Entwicklung des Liberalismus im Kaiserreich kritisch: „Bismarck“, so stellte er 1909 fest, „hatte den bürgerlichen Liberalismus besiegt und den Besiegten verächtlich gemacht“. Die Generation der Schulabgänger um 1880 sei „entweder konservativ, oder von Phraseologien verärgert und sozial rebellisch“

7 Rathenau: Schriften 1885–1914 (wie Anm. 3), S. 482–488 (12.2.1907).

8 Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 76.

9 So auch Fröhlich: Der organisierte Liberalismus (wie Anm. 2), S. 16, unter Verweis auf James J. Sheehan: Der deutsche Liberalismus 1770–1914. München 1983, S. 277.

eingestellt gewesen.<sup>10</sup> Überhaupt beurteilte Rathenau das Verhalten der Linksliberalen gegenüber Bismarck kritisch, wie er dem Reichstagsabgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei Conrad Haußmann verriet: „Der Liberalismus ist zu feig: Sie alle sind zu feig gewesen, für das Vernünftige stark und rücksichtslos einzutreten, auch gegen die stärkste Stimmung. Das allein sammelt Gedanken, ob der Mann Luther oder Bismarck heißt!“ Besonders den früheren freisinnigen Parteivorsitzenden Eugen Richter machte er für die Schwäche des Liberalismus verantwortlich.<sup>11</sup> Aber auch generell habe der Liberalismus im Kaiserreich schwere Fehler begangen. An den linksliberalen Schriftsteller Hermann Pachnicke schrieb Rathenau zu Neujahr 1908: „Ich habe in meiner Jugend, als Student, die tiefe Diskreditierung erlebt, in die der Liberalismus durch seine Fehler und durch seinen überlegenen Gegner gerade bei der jungen Generation geraten war. [...] freiheitliches Streben war geradezu der Verachtung preisgegeben.“ Das Parteiwesen sei rückständig und „die Regeneration des Liberalismus [wird] fürs erste nicht erstehen. Denn sie erfordert gerade das, was Sie nicht haben: eine junge Generation.“ Dies stelle er als „Nichtpolitiker“ fest. Solange sich dies nicht ändere, vermisste er „das, was ich am begierigsten suchte“, „den Nachweis der Notwendigkeit des linken Liberalismus“.<sup>12</sup>

Nach der Daily Telegraph Affäre im November 1908 äußerte sich Rathenau recht zwiespältig: Zum einen war er besorgt über den politischen Zustand der kaiserlichen Regierung, zum anderen aber betitelte er seinen nur als Fragment überlieferten Text als „Demokratisches Erwachen“.<sup>13</sup> Er konstatierte, dass „zum ersten Mal seit sechzig Jahren das deutsche Volk ungefragt das Wort ergriffen und gesprochen“ habe. Wenn sich nunmehr seit 1848 erstmals wieder das Volk politisch zu Wort melde, dann müssten „Änderungen des allgemeinen öffentlichen Zustandes und Bewußtseins [...] sich also vollzogen haben“. Rathenau meinte zudem, dass man die Sprache des Volkes „nicht anders als im Sinne der Geschichte demokratisch bezeichnen kann“. Die veränderte politische Situation und die mittlerweile vorhandenen Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für die Staats-

10 Zit. nach Schulin: Repräsentant, Kritiker und Opfer (wie Anm. 1), S. 20. Ähnlich Fröhlich: Der organisierte Liberalismus (wie Anm. 2), S. 16.

11 Gespräche mit Conrad Haußmann, Nov. 1914 – Febr. 1915. Walther Rathenau: Hauptwerke und Gespräche. Hrsg. von Ernst Schulin. München/Heidelberg 1977 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. II), S. 711–715, hier S. 714.

12 Walther Rathenau: Briefe. Teilbd. 1: 1871–1913. Hrsg. von Alexander Jaser/Clemens Picht/Ernst Schulin. Düsseldorf 2006 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. V.1), S. 811–813, hier S. 811 f.

13 Rathenau: Schriften 1885–1914 (wie Anm. 3), S. 697–699.

bürger veranlassten auch ihn zum Handeln: Mit Bülow's Nachfolger Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg nahm Rathenau bereits 1910/11 politisch Fühlung auf.<sup>14</sup>

Es bedurfte schließlich des Anstoßes von außen, um Rathenau das Ansehen, selbst parteipolitisch zu agieren, endgültig nahezubringen. Kein geringerer als Harry Graf Kessler, umtriebiger Chronist des ausgehenden Kaiserreichs und der Weimarer Republik, berichtete, dass der nationalliberale Parteivorsitzende Ernst Bassermann im Frühjahr 1911 Rathenau das Angebot unterbreitet habe, im Wahlkreis Frankfurt an der Oder bei den Reichstagswahlen 1912 zu kandidieren.<sup>15</sup> So einfach wie Bassermann dies zunächst eingeschätzt hatte, sollte eine Kandidatur allerdings nicht zu realisieren sein. Vielmehr widersprachen die Parteifreunde an der Oder diesem anscheinenden Oktroi der Parteileitung. Vor allem war ein gemeinsamer Kandidat von Fortschrittspartei und Nationalliberalen bei ihnen nicht erwünscht. Auch mit Rathenaus Judentum tat man sich offensichtlich schwer, zumal etliche Nationalliberale – wie generell die wilhelminische Politik und Gesellschaft -antisemitische Ressentiments hegten. Aber Rathenau wäre eine gemeinsame Kandidatur für Fortschrittspartei und Nationalliberale sehr zu Pass gekommen, denn sie hätte seine politische Unabhängigkeit bewiesen, seine „Position außerhalb der Parteien“. Es ging um eine Einigung von Liberalen und gemäßigten Sozialdemokraten „von Bassermann bis Bebel“, ganz im Sinne Friedrich Naumanns. Rathenau wollte damit „dem Liberalismus eine Stellung als Kulturfaktor und dem Staat eine Regierungs- partei geben“.<sup>16</sup> Rathenau zog aber, nachdem die kritischen Stimmen nicht verstummten, seine geplante Kandidatur zurück.<sup>17</sup>

In den darauffolgenden Jahren beschäftigte Rathenau sich immer wieder mit politisch-gesellschaftlichen Themen. Ein zentraler Gedanke war dabei die Frage, wie man optimal für eine „Politische Auslese“ sorgen könne. Unter diesem Titel erschien im Mai 1912 ein Aufsatz in der Wiener „Neuen Freien Presse“, in dem Rathenau das Bürgertum als „Träger einer ungeheuren geschäftlichen Intelligenz“ lobte.<sup>18</sup> In allen „parlamentarisch regierten

14 Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 86 f.; Michalka: Rathenaus politische Karriere (wie Anm. 2), S. 69 f.

15 Harry Graf Kessler: Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk. Berlin-Grunewald 1928, S. 152.

16 So auch Wolther von Kieseritzky: Walther Rathenau. Liberaler Außenpolitiker und Wegbereiter der Demokratie. Potsdam 2022, S. 17.

17 Hentschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 15.

18 Rathenau: Schriften 1885–1914 (wie Anm. 3), S. 944–951 (26.5.1912). Alle weiteren Zitate ebd.

Ländern“ funktioniere die politische Auslese „bewußt und unbewußt“, in Preußen-Deutschland leider nicht, weil die Parlamente sie angesichts der Rahmenbedingungen nicht leisten könnten. Rathenau wörtlich: „Es ist ein Irrtum, wenn man annimmt, unser Parteiwesen lasse eine parlamentarische Verantwortung nicht zu: umgekehrt, ein Parlament ohne Regierungsverantwortlichkeit wird weder Männer und Ideen produzieren, noch eine zeitlose, der Parteiende enthobene Verantwortung begreifen lernen.“ Dadurch, dass die Regierung nicht dem Parlament verantwortlich sei und ihre Zusammensetzung auch nicht durch das Parlament bestimmt werde, fehle das zentrale Element für eine wahrhaft parlamentarische Regierung. Eine solche parlamentarisch verantwortliche Regierung könne durch das Budgetrecht des Reichstags allein nicht ersetzt werden.

Im April 1914 nahm Rathenau in einem Artikel mit dem schlichten Titel „Parlamentarismus“ in der „Neuen Freien Presse“ zu den Vor- und Nachteilen eines parlamentarischen Regierungssystems Stellung.<sup>19</sup> Er kritisierte den herrschenden „Halbparlamentarismus“, denn das allgemeine Männerwahlrecht und das preußische Dreiklassenwahlrecht könnten den Erfordernissen eines „wahren Parlamentarismus“ nicht genügen. Diese Regierungsweise führe vielmehr zu politischer Orientierungslosigkeit und zu mangelnder Stärke als Weltmacht. Die besten Kräfte einer Nation müssten sich vielmehr durch den Wettbewerb der Parteien herausbilden. Denn die Förderung einer politischen Elite sei in einem parlamentarischen System am besten zu bewerkstelligen. Nur hier würden die führenden Köpfe von Wirtschaft, Technik und Kultur sich bewähren. Mit seiner Forderung nach politischen Reformen stimmte Rathenau mit anderen liberalen Kaiserreich-Kritikern wie Max Weber, Hugo Preuß oder Friedrich Naumann überein.<sup>20</sup> Man könne, so schrieb er, in Preußen über alles reden, nur nicht über den Parlamentarismus.

„Wer [...] nicht zum Bestehenden einschwenkt, bleibt endgültig draußen, er ist nicht viel besser als ein Freihändler, Republikaner, Sozialdemokrat. [...] Die Grenzscheide zwischen zulässiger und unzulässiger Gesinnung liegt in Preußen beim Parlamentarismus.“<sup>21</sup>

- 19 Ebd., S. 1099–1109. Dazu Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 89–91. Auch Mikuheit: Parlamentarismus (wie Anm. 2).
- 20 Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 89. Zu Naumann zuletzt: Jürgen Frölich/Ewald Grotthe/Wolther von Kieseritzky (Hrsg.): Fortschritt durch sozialen Liberalismus. Politik und Gesellschaft bei Friedrich Naumann. Baden-Baden 2021.
- 21 Rathenau: Schriften 1885–1914 (wie Anm. 3), S. 1099–1109, hier S. 1099. Dazu: Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 90.

Rathenau ließ keinen Zweifel daran aufkommen, dass nach seiner Ansicht ein echtes parlamentarisches System auf dem Funktionieren von Parteien beruhe:

„In jedem parlamentarischen Staat ist Träger der politischen Richtung das Volk und zwar durch die sichtbare Vermittlung seiner politischen Parteien. [...] Denn die Komponenten der Richtkräfte, die Parteien, sind in sich wiederum organische Geistesgebilde, freie Nationen im kleinen, in denen abermals unter Kämpfen und dennoch unbeeinflusst, objektive Willenskraft sich entbindet.“

Die Parteien des Kaiserreichs seien aber nicht produktiv, „weil es ihnen an Interesse, an Kenntnis des Sachverhalts und an Verantwortung fehlt“:

„Sind die Halbparlamente unfruchtbar, so sind es umso mehr ihre Parteien. [...] Nirgends hört man so häufig [von] Parlamentsmüdigkeit sprechen als in Deutschland, das ein eigentliches Parlament noch nicht kennt. [...] Der liberale Reichstag [...] hat außer einer wertlosen und schnell bereuten Demonstration keine kennzeichnende Spur eines Eigenlebens hinterlassen.“

Reformen seien in der Zukunft nicht nur notwendig, sondern geradezu unausweichlich.<sup>22</sup> Und auch der Beginn des Ersten Weltkriegs änderte nichts an den Einstellungen Rathenaus zu politischem System, Parlamentarismus und Parteien. Noch deutlicher als in seiner Publizistik vor 1914 wurde Rathenau in seinem Buch „Von kommenden Dingen“, das 1917 erschien.<sup>23</sup> Hier setzte er einem Idealbild von Parlament und Parteien seine Gegenwartsdiagnose entgegen. Die deutschen Parlamente hätten „geringe Volksbüttlichkeit, [...] schwache Substanz und [...] mangelhaften Wirkungsgrad“, und das Leben der Parteien sei

„mit Ausnahme der agrarischen und sozialistischen [...] schlecht und kleinlich organisiert und ausgestattet. [...] Jede Politik, die nicht Gesamtpolitik ist, sondern Parteipolitik, [muß] dauernd mindestens zwei Herren dienen [...], ihrem äußeren objektiven Ziel und ihrer inneren geheimen Parteiüberzeugung; sie bleibt unfrei und unsachlich gebunden.“<sup>24</sup>

Rathenau war aber im Allgemeinen eher zurückhaltend mit Kritik, um nicht noch stärker ausgegrenzt zu werden – als Jude besaß er für dieses Problem ein untrügliches Sensorium. Ende 1917 schrieb er an Conrad Haußmann im Hinblick auf die Fortschriftliche Volkspartei, dass „mein Weg nicht zur Partei hin, sondern von ihr hinwegführt“. „Ich glaube nicht,

22 Rathenau: Schriften 1885–1914 (wie Anm. 3), S. 1102, 1104, 1108.

23 Walther Rathenau: Von kommenden Dingen, Berlin 1917, S. 308.

24 Ebd., S. 338.

daß die Partei“ von „meinen Plänen“ für den wirtschaftlichen Wiederaufbau „erbaut sein wird“<sup>25</sup>

Doch nicht nur Rathenau ging auf Distanz zum organisierten Liberalismus. Auch der Publizist Theodor Heuss als Gefolgsmann von Friedrich Naumann<sup>26</sup> oder der nationalliberale Politiker und spätere Gründer der Deutschen Volkspartei Gustav Stresemann grenzten sich ihrerseits deutlich von Rathenau ab: „Das System Rathenau“, so schrieb Stresemann 1917, „würde uns das Beste nehmen, was wir in Deutschland besitzen, nämlich die persönliche Schaffensfreude und Schaffenskraft des Einzelnen“<sup>27</sup> Kritik an seinen als planwirtschaftlich wahrgenommenen Äußerungen im Weltkrieg erntete Rathenau von vielen Seiten. Dass er sich zudem in den letzten Kriegsmonaten für eine Volkserhebung ausgesprochen hatte, führte zu weiterer politischer Gegnerschaft.<sup>28</sup> Dabei war seine generelle Haltung zum Krieg doch recht eindeutig. 1917 schrieb er: „Dieser Krieg ist nicht ein Anfang, sondern ein Ende; was er hinterlässt, sind Trümmer.“<sup>29</sup>

Rathenau stand vor 1918 ohne Zweifel „jenseits von Partei und Parlament“.<sup>30</sup> Seine politischen Ansichten bewegten sich auf eine parlamentarische Ordnung hin, so dass er sich politisch in der Nähe der linksliberalen Kaiserreich-Kritiker befand. Aber öffentlich hatte er sich bis dahin eher wenig positioniert, denn die wirklich markanten Äußerungen erschienen in Wien und wurden in Deutschland allenfalls am Rande und in den besser informierten Kreisen wahrgenommen. Ein politisches Mandat fehlte Rathenau überdies ganz. Aber er bekam ein solches auch nicht angeboten, weil er in der Öffentlichkeit vor Jahresende 1918 als radikal galt, viele Ratschläge erteilte, ungefragt Kritik übte, zum Teil widersprüchlich und doppelbödig agierte. So blieb er letztlich ein „verhinderter Politiker“<sup>31</sup>

Der französische Politikwissenschaftler Maurice Baumont resümierte 1932, Rathenau habe immer in politischer Isolation gelebt, „neben und

- 25 Walther Rathenau: Briefe. Teilbd. 2: 1914–1922. Hrsg. von Alexander Jaser/Clemens Picht/Ernst Schulin. Düsseldorf 2006 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. V.2), S. 1818–1820, hier S. 1818 (15.12.1917).
- 26 So Frölich: Der organisierte Liberalismus (wie Anm. 2), S. 18. Heuss schrieb wörtlich von „merkwürdigen Tönen, die aus der Welterfahrungheit der großkapitalistischen Organisation kommen“.
- 27 Gustav Stresemann: Staatssozialismus und freie Wirtschaftsordnung (1917). In: Ders.: Schriften. Hrsg. von Arnold Harttung. Berlin 1976, S. 130, 132, zit. nach Frölich: Der organisierte Liberalismus (wie Anm. 2), S. 19.
- 28 Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 183–188.
- 29 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 23), S. 221.
- 30 Sösemann: Jenseits von Partei (wie Anm. 2), S. 169–178.
- 31 Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 186 f., ähnlich auch S. 194.

außerhalb der Parteien“ („à coté et en dehors des partis“).<sup>32</sup> Vor 1918 traf das voll und ganz zu, danach sollte sich dies jedoch ändern. Die Grundlagen für sein späteres politisches Engagement hatten aber die Jahre vor 1918 gelegt, und die Grundlinien waren vorgegeben. Kritik am Kaiserreich und am Wilhelminismus ebenso wie tendenziell linksliberal zu verortende politische Positionen hatte Rathenau schon vor 1918 geäußert. Aber bis dahin hatte er sich noch nicht zu aktivem parteipolitischen Handeln durchringen können, bzw. war bei dem Versuch einer Kandidatur gescheitert. Was ihn sicherlich reizte, war die Aussicht, über ein hohes politisches Amt im Staat, in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gestalten und über die politische Zukunft mitentscheiden zu können. Das hatte ihm seine Position als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung gezeigt. Seine Biographin Shulamit Volkov beschreibt ihn als widersprüchliche Natur und Menschen, „der voller Leidenschaft die politische Macht anstrebte, sich aber wiederholt von ihrer Ausübung zurückzog“.<sup>33</sup>

## *II. Rathenaus Haltung zum organisierten Liberalismus nach 1918*

Rathenau hatte sich mit seinem Wirken im Weltkrieg, mehr aber noch durch seine politischen und ökonomischen Schriften in vielen politischen Lagern, nicht zuletzt auch bei den Liberalen, unbeliebt gemacht. Eine beispiellose Flut von Presseartikeln setzte sich 1918/19 kritisch mit ihm auseinander: Die Namen der prominenten publizistischen Kritiker reichten von Thomas Mann bis zu Kurt Tucholsky.<sup>34</sup> Mann schrieb: „Auch ein sonderbarer Heiliger, halb echt, halb falsch, halb rein, halb trüb, aber er plagt sich redlich – und um wen stünde es besser?“<sup>35</sup> Rathenau selbst konstatierte gegenüber der liberalen Schriftstellerin Minna Cauer: „Das gesättigte Bürgertum verfolgt mich mit wütendem Haß, das Proletariat mißtraut mir.“<sup>36</sup>

Am 31. Oktober 1918 stellte Rathenau in einem Brief fest: „Keine Regierung kann und wird sich mit mir einlassen, ebenso wenig wie irgend eine

32 Maurice Baumont: Économistes, historiens, hommes d'action. Walther Rathenau et son système. In: Annales d'histoire économique et sociale 4 (1932), Nr. 13, S. 50–58, hier S. 52, zit. nach Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 15.

33 Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 9.

34 Ebd., S. 196–200.

35 Thomas Mann: Tagebücher 1918–1921. Hrsg. v. Peter de Mendelsohn. Frankfurt a. M. 1979, S. 293 f.

36 Rathenau: Briefe. Teilbd. 2 (wie Anm. 25), S. 2049 (10.12.1918).

der bürgerlichen Parteien.“<sup>37</sup> Die Folgerung aus dieser Ansicht zog er im November 1918 selbst, indem er nun aus der politischen Reserve trat und zum politischen Engagement überging: Er unternahm mit der Gründung des „Demokratischen Volksbunds“ den Versuch einer überparteilichen Sammlung weiter Teile der Gesellschaft.<sup>38</sup> Doch sowohl die Teilnehmer als auch die von ihnen vertretenen Forderungen gingen extrem weit auseinander. Der Personenkreis reichte von den Mehrheitssozialdemokraten bis hin zu Vertretern der Montanindustrie. Unter den gemäßigt und liberal denkenden Industriellen schlossen sich Carl Friedrich von Siemens und Robert Bosch zunächst diesem Vorhaben an. Auch andere Intellektuelle sympathisierten damit, so Albert Einstein, Gerhart Hauptmann, Friedrich Naumann und Ernst Troeltsch.<sup>39</sup> Man wollte zunächst überparteilich, nicht als gewöhnliche Partei, sondern als Sammlungsbewegung agieren. Die zentrale Forderung war die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung, um eine neue Verfassung zu beraten.

Rathenau stellte in seiner Rede bei der Gründungsversammlung des Demokratischen Volksbundes in Anwesenheit von Naumann und Troeltsch fest, dass „die bestehenden Parteien [...] weder fähig noch gewillt [sind], den Volksstaat zu schaffen“, den man anstrebe.

„Seitdem der Liberalismus seinen Gedanken der bürgerlichen Verfassung vor einem halben Jahrhundert verwirklicht sah, hat er einen neuen Gedankeninhalt nicht gewonnen; er ist überlebt und zur Auflösung reif. Der Nationalliberalismus ist zu einer konservativen Partei geworden. [...] Dies ganze, auf den Bau des Staates und der Nation vor fünfzig Jahren zugeschnittene Parteiwesen ist überaltert und versteinert. Leblos wie seine Anschauungen und Programme sind seine Methoden. Die Begründung der Partei d[er] Deutschen Freiheit ist das Vorzeichen der Spaltung und Umschichtung des gesamten deutschen Parteiwesens. Schon deshalb war sie nötig und an der Zeit.“<sup>40</sup>

Zur Führung dieser Bewegung wurde der Demokratische Volksbund gegründet. Die Abkehr vom Begriff des Liberalismus war dabei recht zeittypisch, denn auch die anderen politischen Kräfte – so die beiden entstehenden „liberalen“ Parteien – mieden ihn als Kennzeichnung und sprachen von Demokratie oder Volk. Die versuchte Überparteilichkeit erinnert im Übrigen an die Deutsche Gesellschaft 1914, einen einflussreichen Ge-

37 An Wilhelm Kiefer. Ebd., S. 2012 f., hier S. 2012.

38 Walther Rathenau: Rede bei der Versammlung zur Schaffung eines demokratischen Volksbundes am 16.11.1918. Rathenau: Schriften 1914–1919 (wie Anm. 3), S. 523–559.

39 Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 193.

40 Rathenau: Rede bei der Versammlung 16.11.1918 (wie Anm. 38), S. 553 f.

sprächskreis, den der Industrielle Robert Bosch finanziert und dem auch Rathenau angehört hatte.<sup>41</sup>

Am selben Tag, dem 16. November, schrieb Rathenau an den Ingenieur Max Breslauer:

„Wenn ein Abgleiten nach links verhindert wird, glaube ich zuversichtlich an unsere Genesung und künftige Entwicklung. [...] Eine mildere Entwicklung der Ereignisse hätte ich gewünscht; die Vernichtung des alten militärisch-feudalen Systems halte ich indessen für so wertvoll, daß alle Nachteile in Kauf genommen werden müssen.“

Fast zeitgleich mit der Schaffung des Demokratischen Volksbundes erschien der Gründungsaufgruf der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in den Zeitungen, namentlich im „Berliner Tageblatt“.<sup>42</sup> Daraufhin löste sich der Demokratische Volksbund als dessen Konkurrenzunternehmen bereits am 26. November wieder auf. Zum einen waren nicht nur die eigenen Bundesmitglieder unter sich nicht einig, zum anderen polarisierte Rathenau als einer der Anführer der neuen Bewegung durch seine Person und seine Ansichten. „Die Alten sahen in mir die Revolution, die Jungen in mir die Reaktion“, stellte er fest.<sup>43</sup> Für manche galt er als „der moderne Franz von Assisi, das paradoxeste aller paradoxen Lebewesen des alten Deutschlands“.<sup>44</sup>

Rathenau unterstützte im Dezember 1918 durch großzügige Spenden an das Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens stattdessen mittelbar die liberalen Parteien. Bald ließ er auch der DDP Spenden zukommen. Ihr Mitglied wurde er aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht.<sup>45</sup> Dass Rathenau schließlich in der linksliberalen DDP seine politische Heimat finden sollte, hatte zum einen mit der antisemitischen Haltung vieler Mitglieder der Deutschen Volkspartei (DVP) Gustav Stresemanns und zum anderen mit der viel weniger straff geführten DDP zu tun, in der sich Rathenau als undogmatisch denkender Politiker schlachtweg wohler fühlte. Neben Rathenau gab es in der DDP auch weitere prominente jüdische oder als Juden geborene Mitglieder, wie beispielsweise den Berliner Zeitungsverleger Theodor Wolff oder den „Verfassungsvater“ Hugo Preuß.

41 Kieseritzky: Liberaler Außenpolitiker (wie Anm. 16), S. 19. Das nachfolgende Zitat: Rathenau: Briefe. Teilbd. 2 (wie Anm. 25), S. 2022 (16.11.1918).

42 Schulin: Repräsentant, Kritiker und Opfer (wie Anm. 1), S. 97.

43 Ebd.

44 Die Republik, 19.12.1918, zit. nach Schulin: Repräsentant, Kritiker und Opfer (wie Anm. 1), S. 98.

45 Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 16 f.

Außerdem war die Partei von Beginn an generell „stark berlinisch“ ausgerichtet, was Rathenau gleichfalls entgegenkam.

Aber Rathenaus Versuch einer von der DDP gestützten Kandidatur für die Deutsche Nationalversammlung scheiterte. Sowohl in Weißwasser in der Lausitz als auch im Regierungsbezirk Liegnitz oder im Wahlkreis Rothenburg-Hoyerswerda konnte er sich gegen innerparteiliche Gegner, wie den einflussreichen Otto Fischbeck, nicht durchsetzen.<sup>46</sup> Im Sommer 1919 hatte sich Rathenau in einer Schrift unter dem Titel „Autonome Wirtschaft“ für eine Kombination von Unternehmerinitiative und staatlich kontrollierter Wirtschaft ausgesprochen.<sup>47</sup> Bedenken wurden sowohl gegen seine als planwirtschaftlich eingestuften Äußerungen als auch gegen seinen Charakter mit der „ganz unerträglich übertriebenen Überspanntheit des Selbstbewußtseins“ erhoben. Ein hinterer Listenplatz führte schließlich zum Scheitern seiner Kandidatur.<sup>48</sup>

Rathenau blieb mit seinen Ansichten in der DDP umstritten, und vor allem fehlte ihm eine Hausmacht, denn er hatte weder Unterstützer in der Parteispitze noch an der Basis oder in der medialen Öffentlichkeit. Lediglich der Herausgeber der „Vossischen Zeitung“ Georg Bernhard bildete eine Ausnahme.<sup>49</sup> So war es nicht sonderlich überraschend, dass ein Vertreter einer anderen demokratischen Partei, nämlich Joseph Wirth von der Zentrumspartei, auf Rathenaus Expertise setzte. Auf dessen Fürsprache hin wurde er im April 1920 in die zweite Sozialisierungskommission, kurz darauf zum Kohlesachverständigen für die Konferenz von Spa und schließlich als Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates berufen.<sup>50</sup> Diese Funktionen und Tätigkeiten bildeten letztlich auch sein Entréebillet in die Partei.

Im Februar 1920 wurde Rathenau als Mitglied des Parteivorstands vorgeschlagen.<sup>51</sup> Er sah allerdings seine „eigene Stellung innerhalb der Demokratischen Partei nicht genügend gefestigt [...], um hinsichtlich ihrer Politik irgend eine Initiative zu rechtfertigen“<sup>52</sup> Dennoch wurde er schließlich im November 1920 Mitglied im Ortsverband Berlin-Grunewald und wenige

46 Dazu als Dokument: Walther Rathenau: Rede „Das alte und das neue Deutschland“ in Weißwasser, 15.12.1918. Rathenau: Schriften 1914–1919 (wie Anm. 3), S. 568–598.

47 Golo Mann: Walther Rathenau. Praktiker und Philosoph. Essen 1963, S. 22.

48 Ludwig Luckemeyer: Die Deutsche Demokratische Partei von der Revolution bis zur Nationalversammlung 1918–1919. Gießen 1975, S. 271.

49 Hentschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 18 f., 22.

50 Ebd., S. 23.

51 Ebd.

52 Brief an Carl Gebhardt, 3.11.1920. Rathenau: Briefe. Teilbd. 2 (wie Anm. 25), S. 2490.

Tage später zum Vertreter des Wahlkreises für den Nürnberger Parteitag am 12. Dezember 1920 gewählt.<sup>53</sup> Sein Auftritt dort wurde trotz viel Applaus durchaus kritisch gesehen. Gertrud Bäumer bedauerte in der „Hilfe“, Rathenau habe „auf jede Ausführung politischer Natur verzichtet“ und „das Problem Staat und Wirtschaft völlig ausgeklammert“.<sup>54</sup>

Am 29. Mai 1921 ernannte Wirth Rathenau zum Wiederaufbauminister, was er bis zur Demission des Kabinetts im Oktober blieb.<sup>55</sup> Obwohl er als Kandidat der DDP berufen wurde, blieb er nach außen auch weiterhin auf Distanz zur Partei. In seiner Antrittsrede vor dem Reichstag Anfang Juni 1921 stellte er fest: „Nicht als Mitglied einer Partei bin ich berufen worden. Ich entnehme dieser Tatsache das Recht, meinen Aufgabenkreis so unpolitisch zu behandeln wie möglich, vielmehr privatwirtschaftlich und industriell.“<sup>56</sup> Ohne Zweifel war das als Botschaft an die Politiker der anderen Parteien, aber auch an seine eigene Partei gerichtet.

Innerhalb der DDP blieb Rathenau umstritten. In einer Vorstandssitzung vom 13. Oktober 1921 äußerte beispielsweise der bayerische Landtagsabgeordnete Pius Dirr über eine Rede Rathenaus zur Außenpolitik, dass diese, wenn sie an die Öffentlichkeit gelange, „für uns absolut vernichtend [wäre], denn niemand ist in der Lage, diese logischen Sprünge mitzumachen. Ein Politiker, der in einem so kleinen Zeitraum seine Meinung wechselt“, sei für ihn „erledigt“.<sup>57</sup>

Gleichwohl war Rathenau in der Partei jetzt halbwegs „angekommen“, denn auf dem Bremer Parteitag im November 1921 hielt er das Hauptreferat.<sup>58</sup> Den virulenten Fusionsvorschlägen mit der DVP stand er allerdings skeptisch gegenüber. „Eine Partei kann nicht die Filiale einer anderen sein. [...] Ich bin mir der Verwandtschaft mit der Volkspartei wohl bewußt. Vieles können wir unterschreiben, was sie sagt, alles nicht. So lange wir nicht alles unterschreiben können, müssen wir selbständig bleiben und eine eigene unabhängige Politik treiben.“ Die DDP müsse „eine kleine, starke, geistig wertvolle Partei innerhalb des deutschen politischen Getriebes“

53 Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 24.

54 Die Hilfe, Nr. 44 vom 22.12.1920, S. 675.

55 Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 25.

56 Walther Rathenau: Gesammelte Reden. Berlin 1924, zit. nach Frölich: Der organisierte Liberalismus (wie Anm. 2), S. 15.

57 Vgl. dazu: Gemeinsame Sitzung des Vorstandes mit der Reichstagsfraktion u.a., 13.10.1921. Lothar Albertin/Konstanze Wegner (Bearb.): Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933. Düsseldorf 1980, S. 196–212, hier S. 212.

58 Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973, S. 199–201.

bleiben.<sup>59</sup> Zunächst blockierte die Partei aber seine Rückkehr ins Kabinett Wirth. Denn als es zu einer Neubildung des Kabinetts kam, verweigerte die DDP die Mitarbeit, und Rathenau wurde dementsprechend nicht berücksichtigt.<sup>60</sup>

Die schwierige Lage der DDP, vor allem die extrem angespannte Finanzsituation, verschaffte Rathenau Anfang 1922 allerdings neue Möglichkeiten. Er stellte nämlich eine Großspende in Aussicht.<sup>61</sup> Ob diese jemals geflossen ist, ist bis heute unklar.<sup>62</sup> Mitte Januar 1922 konstatierte er gegenüber der Parteiführung unmissverständlich, „daß ich für den nicht sehr wahrscheinlichen Fall meines Wiedereintritts in die Regierung mich keiner Instanz zu unterwerfen beabsichtigte“.<sup>63</sup> Allmählich wurden jedoch auch die Kreise in der DDP stärker, die einsahen, dass man vom Ruf Rathenaus durchaus profitieren könne. So teilte der Vorsitzende Carl Petersen, zuvor eher gegen Rathenau eingestellt, am 22. Januar 1922 mit, er habe Reichskanzler Wirth einen Brief geschrieben und „ihn aufgefordert, Rathenau und andere geeignete Männer zu ernennen und vor das Parlament zu treten“.<sup>64</sup> In erster Linie aufgrund seiner internationalen Erfahrungen als Wirtschaftsexperte wurde Rathenau am 31. Januar 1922 von Wirth zum Reichsaßenminister berufen und die DDP damit auch wieder Regierungsparthei. Bis zu seinem Tod war Rathenau nun Mitglied im Parteiausschuss und im Vorstand. Aber trotz seiner öffentlichen Reputation auf der einen Seite gelang auf der anderen Seite „seine vollständige Integration in den Parteiapparat nicht“.<sup>65</sup>

Die Feindseligkeiten gegen Rathenau verstärkten sich zur Jahreswende 1921/22. „Knallt ab den Walther Rathenau, Die gottverfluchte Judensau“, hieß es.<sup>66</sup> Aber nicht nur aus den bekanntermaßen antisemitischen Kreisen der rechts stehenden Parteien bis zu den Deutschnationalen schlug ihm purer Hass entgegen. So warnte ihn der befreundete Journalist Alfred Kerr vor allem (und ausgerechnet) vor den politischen Attacken aus dem Lager des

59 Bericht über die Verhandlungen des 3. (ordentlichen) Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei. Abgehalten in Bremen vom 12. bis 14. November 1921 in den Gesamträumen des Parkhauses (Bürgerpark). Berlin 1922, S. 40, 47, zit. nach Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 27.

60 Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 212.

61 Vorstandssitzung der DDP, 22.1.1922. Albertin/Wegner: Linksliberalismus (wie Anm. 57), S. 235–238, hier S. 237 f.

62 Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 29.

63 Rathenau: Briefe. Teilbd. 2 (wie Anm. 25), S. 2630 f., hier S. 2630 (an Otto Nuschke, 16.1.1922). Dies habe er dem DDP-Vorsitzenden Carl Petersen gesagt.

64 Stephan: Aufstieg und Verfall (wie Anm. 58), S. 206 f.

65 Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 27.

66 Wilhelm Schwaner an Rathenau, 11.6.1921. Rathenau: Briefe. Teilbd. 2 (wie Anm. 25), S. 2587.

Industriellen Hugo Stinnes innerhalb der DVP. Rathenau ließ sich dennoch in seinen politischen Zielen nur vorübergehend beirren. Schon bei seinem Ausscheiden aus der Regierung im November 1921 hatte er bekannt, dass „aufgrund der maßlosen Agitation [...] in rechtsgerechteten Kreisen [...] ein ersprießliches Weiterarbeiten“ nicht möglich gewesen sei.<sup>67</sup> Er ließ sich aber nicht dauerhaft von seinen Zielen abbringen und nahm ab Januar 1922 mit Elan seine Arbeit als Außenminister auf.

### *III. Resümee: Vernunftrepublikaner oder Überzeugungsdemokrat?*

Rathenaus Verhältnis zur DDP wie generell seine Einstellung zu politischen Parteien blieben bis zum Ende ambivalent. Das politische System der konstitutionellen Monarchie im Zustand der Verformung durch den späten Wilhelminismus sah er als äußerst reformbedürftig an. Ohne den Kaiser persönlich zu kritisieren, erkannte und bemängelte er den sogenannten Halbparlamentarismus des Reichstags, der keine politische Verantwortung trage. Er brandmarkte, dass dieses System nicht in der Lage sei, eine politische Elite auszubilden. Dementsprechend kamen auch die politischen Parteien des Kaiserreichs bei ihm nicht gut weg. Seine eigenen politischen Ambitionen auf einen Parlamentssitz scheiterten bei den Reichstagswahlen 1912 recht kläglich. Rathenaus Tätigkeit als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung im Ersten Weltkrieg war hingegen zwar hochpolitisch, aber parteiunabhängig und in erster Linie sachorientiert.

Nach 1918 sah Rathenau die große Chance für politische Veränderungen und suchte mit der Gründung einer eigenen politischen Bewegung noch im November die aktive Politik. Aber auch dieser zweite Anlauf auf ein politisches Mandat geriet schnell ins Stocken. Die Parteigründung misslang ebenso wie die Kandidatur für die Deutsche Nationalversammlung. Sein Eintritt in die DDP erfolgte erst im November 1920; nach nur einem Jahr wurde er Mitglied im Parteiausschuss und im Parteivorstand. Rathenau galt als prominentestes Mitglied der DDP in der politischen Szene Weimars. Als Vertreter der sogenannten Erfüllungspolitik und als Jude stigmatisiert, wurde er im Juni 1922 von rechtsradikalen Verschwörern

<sup>67</sup> An Sophie von Beneckendorf und Hindenburg, 22.11.1921. Ebd., S. 2619 f., hier S. 2619. Dazu: Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 214.

ermordet; dies ließ ihn dann schnell zur Symbolgestalt der Weimarer Demokratie, zu ihrem Märtyrer werden.<sup>68</sup>

Bliebe abschließend noch die Frage zu erörtern, ob Rathenau als Verunftrepublikaner korrekt eingeschätzt worden ist. Dass Rathenau kein „Herzensmonarchist“ war – um das Wort von Friedrich Meinecke aufzunehmen – dürfte unstrittig sein. Über die Monarchie als Institution hat er sich ohnehin eher selten geäußert. Er vertrat die Überzeugung, dass selbst ein begabter Monarch allein mit der Leitung der Staatsgeschäfte überfordert sei,<sup>69</sup> vielmehr bedürfe es einer politischen Elite, die man in einem Parlament versammeln könne, vorausgesetzt es besitze genügend politische Mitsprache. Schon vor dem Ersten Weltkrieg trat Rathenau für eine parlamentarische Regierung ein; im Krieg übernahm er dann von Hugo Preuß den Begriff des Volksstaats (im Gegensatz zum Obrigkeitsstaat). Rathenau sprach sich bereits vor 1918 für politische Reformen aus, blieb aber zugleich ein Pragmatiker der Politik. Dass er gleichwohl auch radikale Zukunftsvisionen hegte, zeigen seine Schriften der Jahre um 1917/18.

Fraglos konnte sich Rathenau nach 1918 schnell auf die Republik, die Demokratie und den Parlamentarismus einstellen, weil sie in vielfacher Hinsicht seinen eigenen Vorstellungen und Idealen entsprachen. So musste er sich nicht vom Monarchisten zum Republikaner wandeln, wie dies bei Meinecke oder Stresemann der Fall war. Vielmehr blieb er seinen demokratischen Überzeugungen treu, die nunmehr im Verfassungssystem der Weimarer Republik verwirklicht wurden. Schwer tat sich Rathenau dagegen mit dem Parteiwesen. Schon vor 1918 hatte er die damaligen Parteien im Allgemeinen und die liberalen Parteien im Besonderen als veraltet und verkrustet kritisiert. Das änderte sich auch in den Weimarer Zeiten nur bedingt. Der DDP trat er zwar bei, doch wurde er dort nie vollständig integriert, sondern bis zuletzt als eine Art Fremdkörper empfunden. Auch er selbst betonte immer wieder seine parteimäßige Unabhängigkeit und bestand darauf, eher nach Staats- als nach Parteiräson zu handeln und politische Entscheidungen zu treffen.

Schon vor dem Weltkrieg entsprach es Rathenaus Meinung, dass der Wechsel der Staatsform überfällig sei, weil die Monarchie nicht mehr der Zeit entspreche. Und anders als viele seiner Zeitgenossen ließ er sich weniger von Emotionen als von Sachgründen in seinem politischen und ökonomischen Handeln leiten. Er war berufsbedingt ein Rationalist. Insofern

68 Siehe dazu Martin Sabrow: Der Rathenauord und die deutsche Gegenrevolution. Göttingen 2022, *passim*.

69 Walther Rathenau: Der Kaiser. In: Rathenau: Schriften 1914–1919 (wie Anm. 3), S. 718–757.

war es für ihn auch keine Herzentscheidung, für die demokratische Weimarer Republik einzutreten, sondern es gab genügend Sachargumente, die dafür sprachen. Zugleich war es für ihn keinesfalls ausschließlich eine rationale Angelegenheit, sich für die Republik auszusprechen, vielmehr hatte er sich schon längst innerlich wie nach außen hin als Anhänger der parlamentarischen Demokratie erwiesen, die ja im politischen System Weimars verankert war. Anders als mancher Weimarer Politiker war er somit weniger ein Vernunftrepublikaner als vielmehr ein „Überzeugungsdemokrat“.

